

## Das Epochenjahr 1917

Die Beurteilung des Jahres 1917 als Epochenjahr der Weltgeschichte ist aufs engste verknüpft mit einer Beurteilung der geschichtlichen Folgen des Ersten Weltkrieges, und hier insbesondere der Folgen, die das Deutsche Reich mit der Anzettelung dieses Krieges ausgelöst hat. Das 1964 geschriebene Buch des Publizisten Sebastian Haffner *"Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg"* liefert wesentliche Aspekte für die Beurteilung der deutschen Niederlage liefert. Haffners sieben Thesen betreffen den Charakter der deutschen "Weltpolitik", den fatalen Grundzug des "Schlieffenplans", das belgische und das polnische Problem, zum Schluß Chancen und verspielte Möglichkeiten des Vertrags von Brest-Litowsk und die Dolchstoß-These. Dazwischen, als vierte und fünfte These, behandelt Haffner den U-Boot-Krieg und die Einschleusung Lenins nach Rußland.

Folgen des Ersten Weltkriegs

Diese beiden Punkte tragen unmittelbar zu der historischen Bedeutung des Umbruchjahres 1917 bei, denn mit dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg verstieß Deutschland nicht nur gegen jedes Völkerrecht, sondern provozierte auch den Kriegseintritt der USA auf Seiten der Entente-Mächte. Auf der anderen Seite wurden die bolschewistischen Aktivitäten deutscherseits als kurzfristige "abenteuerliche Episode" eingestuft; Lenin wurde deshalb die Fahrt in einem verplombten Eisenbahnwagen aus seinem Exil in Zürich über Schweden nach Rußland ermöglicht, um den russischen Kriegsgegner zu schwächen und zu destabilisieren.

U-Boot-Krieg

Einschleusung Lenins

Die Frage, ob dieses deutsche Zutun ursächlich für diese beiden Ereignisse verantwortlich ist, kann für den Kriegseintritt der USA verneint werden, da sowohl die finanzielle Verflechtung mit den Entente-Mächten als auch das Aufrüstungsprogramm in den USA selbst den Kriegseintritt eigentlich als logische und notwendige Konsequenz erscheinen lassen. Auch die Revolution der Bolschewiki hätte sich nur aufschieben, aber nicht verhindern lassen.

Keine ursächliche Beteiligung Deutschlands an beiden Phänomenen

Die andere, wichtigere Frage nach der historischen Konsequenz betrifft die Einstufung als welthistorisches Ereignis. Dazu sind sowohl die Umbrüche, die das Ereignis in seiner Zeit hervorgerufen hat, als auch die Auswirkungen auf unsere heutige Gegenwart zu berücksichtigen.

## Der Kriegseintritt der USA

Mit der Kriegserklärung an Deutschland im April 1917 treten die USA aus ihrer politischen Selbstbeschränkung heraus, die gemeinhin mit dem Begriff Isolationismus bezeichnet wird. Dieser Isolationismus bezog sich jedoch zu allen Zeiten nur auf das Verhältnis zu Europa, während gerade das halbe Jahrhundert vor 1914 auch für die USA von einer weltumspannenden imperialistischen Politik gekennzeichnet ist. Die Monroe-Doktrin, die 1823 europäische Interventionen in der Neuen Welt ausschließen sollte, wurde in der Zeit des imperialistischen Engagements umgedeutet in das (ausschließliche) Recht und sogar den Anspruch der USA, auf dem amerikanischen Kontinent zu intervenieren.

Kriegserklärung der USA an die Mittelmächte 1917

Nicht die Verwicklung in den Krieg mit einer europäischen Macht ist das eigentlich Neue, sondern das aktive Eingreifen auf den europäischen Kriegsschauplätzen. Das machte den Krieg eigentlich erst zum Weltkrieg. Daß er schon vorher Dimensionen angenommen hatte, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte, lag an der Größe des britischen und französischen Weltreiches, deren Ressourcen an Material und Menschen natürlich eingesetzt wurden. Um diese Nachschubwege zu treffen, mußte die deutsche Führung also die Marine, besonders dann die U-Boot-Waffe, auf den Weltmeeren einsetzen.

Charakter als Weltkrieg

## Das Engagement im Krieg

Das Jahr 1917 begann für das Deutsche Reich mit der Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges (1.2.) und mit Kontakten zur mexikanischen Regierung, die diese unter dem Versprechen von Gebietsgewinnen auf Kosten der USA zum Kriegseintritt bewegen sollten. Im Zusammenhang mit der Kriegserklärung formulierte Präsident Wilson die Grundsätze, unter denen Amerika in den Krieg zog: Es gelte, die "*Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit*" zu verteidigen, ein "*Bund freier Völker*" sei zu schaffen, die Welt müsse "*für die Demokratie sicher gemacht*" werden. Damit sind auch erstmals - auf dem Höhepunkt von Imperialismus und Nationalismus ! - ideologische Ziele freiheitlich-demokratischer Prägung als Kriegsziele in die Weltgeschichte eingeführt worden. Konsequenterweise war dann auch im Oktober 1918 der Sturz des deutschen Kaisers eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Abschluß des Waffenstillstandes. Damit hatte sich freilich Wilson vom bisherigen Ziel, einen "Frieden ohne Sieg" zu vermitteln, abgewandt.

Kriegsziele der USA

Während Deutschland mit den Bolschewiki den Friedensvertrag von Brest-Litowsk aushandelte, geriet Wilson durch die Veröffentlichung der Geheimabsprachen in Zugzwang. Den imperialistischen Charakter des amerikanischen Eingreifens sollte die Verkündung der Vierzehn Punkte als Grundsätze zur Herbeiführung und Sicherung des Friedens in einer Adresse an den Kongreß relativieren. Sie betrafen als "allgemein-politische" Ziele die Abschaffung der Geheimdiplomatie (1.), die Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren (2.) und eine allgemeine Abrüstung (4.). Unmittelbares Ziel war die "Wiederherstellung" besetzter Staaten wie Rußland, Frankreich, Belgien, Rumänien, Serbien und Montenegro (6.-8.,11.). Langfristiges Ziel, das schon die Grundsätze einer neuen Völkerordnung erkennen läßt, war die Forderung nach "autonomer Entwicklung" für die Völker Österreich-Ungarns (10.) und des Osmanischen Reiches (12.) sowie die Zugrundelegung nationaler Grundsätze bei Italien (9.) und Polen (13.). Der Friede sollte durch die Schaffung eines Völkerbunds (14.) gekrönt werden, der ein Forum zur Konfliktlösung und damit zur Verhinderung neuer Kriege werden sollte.

14 Punkte Wilsons

Das auch heute noch mit den 14 Punkten in Zusammenhang gebrachte "Selbstbestimmungsrecht der Völker" ist von Wilson weder in diesem Programm noch in anderen Äußerungen jener Zeit formuliert worden. Es entspringt allein einer interpretierenden Übertragung der "autonomen Entwicklung" für die Völker der Habsburgermonarchie und des Osmanischen Reiches und wurde schon 1919 der deutschen Bevölkerung Südtirols und der alemannischen Bevölkerung in Vorarlberg verweigert.

Selbstbestimmungsrecht

Das militärische Eingreifen der USA war zunächst nur für den Seekrieg entscheidend und reduzierte die Versenkungsrate durch deutsche U-Boote auf null. Die in Frankreich gelandeten Truppen hatten dagegen in den Kampfhandlungen kein Gewicht, dazu war ihr Ausbildungsstand und ihre Ausrüstung noch nicht geeignet. Die USA unternahmen dann auch erst im Lauf des Jahres 1917 erhebliche Anstrengungen, das Heer auf die erforderliche Stärke und Qualität zu bringen. Die Frage war, ob eine deutsche Offensive im Westen, nachdem die Bolschewiki als Kriegsgegner ausgefallen waren, eine Entscheidung bringen konnte, bevor die Amerikaner durch die Überlegenheit des Materials und frischer Truppen ihrerseits eine Entscheidung herbeizwingen würden. Diesen Wettlauf verlor die deutsche Armee, die Zahl der amerikanischen Soldaten erhöhte sich von 329000 im März auf zwei Millionen im Juli.

Militärisches Eingreifen der USA

## Die Frage der Nachkriegsordnung

Das Friedensprogramm Wilsons scheiterte letztlich am Sicherheitsbedürfnis Frankreichs, an den Handelsinteressen Englands und an den Ansprüchen Italiens auf dem Balkan. Dem Völkerbund, der Lieblingsidee Wilsons zur Sicherung eines auf Schiedsverfahren und Ausgleich gegründeten Völkerfriedens, verwehrt dann der amerikanische Senat in einem Rückgriff auf isolationistische Ideen die Zustimmung. So, wie der Völkerbund als Bestandteil der Pariser Friedensverträge konstituiert wurde, war er in seiner politischen Wirklichkeit zunächst nicht viel mehr als eine Organisation der westeuropäischen Kolonialmächte zur Aufrechterhaltung des Status quo. Weder die USA noch das Deutsche Reich noch die Sowjetunion waren Mitglieder. Erst im Lauf der Zwanziger Jahre wuchs sich der Völkerbund zu dem aus, was er ursprünglich sein sollte (Locarno-Verträge 1926 mit der Aufnahme Deutschlands, Briand-Kellogg-Pakt zur Ächtung des Krieges 1928).

Isolationismus der  
USA  
Völkerbund

Die Enttäuschung in der amerikanischen Öffentlichkeit über das Mißverhältnis zwischen dem Aufwand während des Krieges (112000 Tote, 220000 Verwundete, 21,9 Milliarden Dollar) und dem erreichten politischen Erfolg ließ zunächst wieder eine Strömung zu Tage treten, die mit dem alten Begriff von Isolationismus nur unzureichend erklärt werden kann. Eher handelt es sich um nationalen Egoismus, um Pazifismus und den Versuch, alte "amerikanische" Wertvorstellungen wiederzubeleben (s. oben S. 10). Es mußte aber klar sein, daß es mit einer Verschuldung der Alliierten in Höhe von 10,3 Milliarden Dollar bei den USA unmöglich sein würde, sich aus den europäischen Verhältnissen völlig zurückzuziehen, zumal sich die Alliierten auf eine vorher von Deutschland zu erbringende Reparationsleistung beriefen.

Fortdauernde  
Verstrickung der  
USA

Diese Verknüpfung von deutscher Reparationsleistung und alliierter Schuldendienst (die Frankreich übrigens bis 1932 abstritt) brachte als logische Konsequenz, daß alle wesentlichen Reparationskonferenzen unter maßgeblichem amerikanischem Einfluß arbeiteten und ihre Ergebnisse brachten: Dawes-Plan 1924, Young-Plan 1929, Hoover-Moratorium 1931 und Konferenz von Lausanne 1932. Kernstück des Young-Plans war schließlich, daß die alliierten Zahlungen an die USA durch einen amerikanischen Kredit in Höhe von 2,6 Milliarden Dollar an Deutschland sichergestellt wurden.

Alliierte Schulden  
Deutsche  
Reparationen

Damit war endgültig deutlich, daß sich die USA aus der europäischen Politik nicht mehr zurückziehen konnten. Der Versailler Vertrag hatte zwar die Großmachtstellung Deutschlands im wesentlichen unangetastet gelassen, und auch Frankreich und England konnten sich im Hochgefühl ihrer militärischen bzw. wirtschaftlichen Macht freuen - die USA waren aber als ein neuer Partner in die europäische Politik eingetreten. Ihre Wirtschaftskraft steuerte nicht nur den Finanzkreislauf, sondern beeinflusste auch politische Entscheidungen. Schließlich rissen sie aber in der Weltwirtschaftskrise durch die weitgehende Kapitalverflechtung ganz Europa mit in den Strudel. Diese Entwicklung sollte dann mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Übergang der führenden Rolle in der Weltpolitik auf die USA und die Sowjetunion ihre Vollendung finden.

Kapitalverflechtung  
zwischen den USA  
und Europa

## Die Revolution der Bolschewiki

Für die Weltöffentlichkeit offener, für die Beteiligten selbst ungleich unmittelbarer waren die Umwälzungen der Oktoberrevolution in Rußland. Hier war nicht einfach, wie im Februar desselben Jahres, ein Monarch gestürzt und eine Staatsform revolutioniert worden, hier sollte sich ein Umbruch in allen Bereichen vollziehen, wie ihn die Weltgeschichte vorher noch kaum erlebt hatte.

Der Interpretation und der weltanschaulichen Beurteilung sind hier, wie auch bei der Politik der Vereinigten Staaten, Tür und Tor geöffnet. Wilsons Entschluß zum Eingreifen konnte sowohl mit imperialistischen Ambitionen als auch mit der Kreuzzugsmentalität zur Rettung von Demokratie und Freiheit in Verbindung gebracht werden. Lenins Programm läßt sich im Gegenzug einerseits als revolutionäre Lösung der Sozialen Frage und als Befreiung des Individuums aus der Knechtschaft des Kapitals interpretieren. Andererseits kann er aber auch als der Versuch einer kleinen Gruppe von Revolutionären gesehen werden, unter Zuhilfenahme einer Ideologie die Diktatur über eine ganze Gesellschaftsformation und schließlich über die Welt zu erringen.

Interpretation

Die Hoffnung der Bolschewiki richtete sich zunächst auf das Land mit dem höchsten Grad an Industrialisierung in Europa, auf Deutschland. Die proletarische Revolution sollte hier die Revolution in Rußland nur als Vorspiel erscheinen lassen und den Durchbruch zur Weltrevolution bringen. Diese Hoffnung hat sich spätestens im Oktober 1923 als Illusion erwiesen, als eine Fehleinschätzung der realen Lage der deutschen Arbeiterschaft im kapitalistischen System. Von da an bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise war die kommunistische Idee im wesentlichen auf die Sowjetunion selbst beschränkt (Aufbau des "Sozialismus in einem Land"). Erst dann konnte die KPD in Deutschland wieder auf der Enttäuschung der Massen über die wirtschaftlichen Verhältnisse aufbauen. Als Faktor der Weltpolitik trat die UdSSR in den Zwanziger Jahren noch nicht in Erscheinung.

Weltrevolution

Heute, über siebenzig Jahre nach der Oktoberrevolution, zeigen sich die inneren Widersprüche in den Staaten mit sozialistischer Gesellschaftsordnung mit bislang ungeahnter Schärfe. Das von Lenin begründete System ist unter Stalin zur Diktatur des Parteiapparates entartet und unter seinen Nachfolgern in diesem Zustand erstarrt. Die Parteifunktionäre haben offenbar die Ideologie von der Kaderpartei leninscher Prägung zur Sicherung ihres eigenen, persönlichen Vorteils mißbraucht. Der innere Grund dafür liegt wohl darin, daß die Bolschewiki den Übergang zur Massenpartei nicht in demselben Maß vollzogen haben, in dem die äußeren Bedingungen sich mit dem Wegfall der zaristischen Unterdrückung gewandelt haben. Das System, das unter den Verfolgungen der Geheimpolizei seine Berechtigung hatte, erstarrte nach 1917 zur Alleinherrschaft eines Parteikaders. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang, ob nicht das Konzept Lenins in sich bereits den Keim zum Stalinismus trug.

Innere  
Widersprüche des  
Lenin'schen  
Systems

Ein weiterer Grund für die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen heute die sozialistische Welt zu zerbrechen droht, liegt im Allgemein-Menschlichen: Hier stehen sich auf der einen Seite der Anspruch des Staates, die Bedürfnisse der Gesellschaft planwirtschaftlich zu lenken und zu erfüllen, auf der anderen Seite aber der Anspruch des Individuums, den Vorteil aus der eigenen Leistung möglichst unmittelbar zu genießen, gegenüber. Wo die eigene Leistung sich nicht in persönlichen Vorteilen äußert, sind Engagement und Produktivität geringer als dort, wo marktwirtschaftliche Systeme den Zusammenhang zwischen Leistung und Gewinn sichern.

Zusammenhang  
zwischen Leistung  
und Gewinn

Die nationale Frage, zunächst innerhalb der Sowjetunion, dann aber über sie hinausgreifend, ist nicht in dem Maß gegenstandslos geworden, wie zur Zeit der Oktoberrevolution angenommen. Das Parteiprogramm von 1919 ging noch davon aus, daß der Sowjetföderalismus wie überhaupt jede Art der nationalen Frage etwas Vorübergehendes und Vorläufiges seien. Das galt auch für das Zugeständnis der Autonomie für die nichtrussischen Völker, die bis hin zur Selbständigkeit gehen können sollte.

Nationale Frage

Diese Linie entspricht grundsätzlich dem Internationalismus der Marx'schen Lehre. Sobald der Druck der stalinistischen und spätstalinistischen Russifizierungspolitik, der Zwang unter das gemeinsame Dach der sowjetischen Nation nachließ, traten nationale Rivalitäten und Konflikte innerhalb der Sowjetunion (Armenien - Aserbaidschan, Mescheten, Georgien, vor allem aber in den baltischen Republiken) wieder offen zu Tage und mündeten Anfang 1990 in den offenen Bürgerkrieg zwischen Armenien und Aserbaidschan.

Die sowjetische Verfassung von 1977 sagt zwar, "*der nationale Hader*" sei "*ein für allemal*" beseitigt, doch mußte inzwischen auch Gorbatschow einräumen, daß die Sowjetunion durch die Nationalitätenkonflikte "*in ihrer Existenz bedroht*" sei. Auch andere Staaten des Warschauer Paktes (Rumänien, Bulgarien) und Jugoslawien sehen sich mit nationalen Problemen konfrontiert. Schließlich muß auch darauf verwiesen werden, daß die Formulierung einer "sozialistischen Nation" in der DDR dieser kein Selbstverständnis gebracht hat, das über die Bindung der Bevölkerung an ihren angestammten Lebenskreis hinausgereicht hätte. Dieser Anspruch der SED konnte längstens bis zur ersten freien Wahl in der DDR am 18.3.1990 aufrecht erhalten werden.

Das welthistorische Ergebnis der Oktoberrevolution ist natürlich zunächst die Installierung eines Regimes, das Gesellschaft, Wirtschaft und Politik der marxistisch-leninistischen Interpretation der politisch-wirtschaftlichen Zusammenhänge unterwirft und sich auf dem Boden dieser Lehre aufmacht, die Diktatur des Proletariats in der Weltrevolution zu verwirklichen (Kommunistische Internationale). Dieses Regime tritt in der Folgezeit als maßgeblicher Faktor in die Weltpolitik ein, besonders nach 1945. Weiterhin kann der so errichtete Staat nach außen hin Erfolge vorweisen, die in kausalem Zusammenhang mit der Ideologie dargestellt werden. Damit gewinnt diese Ideologie Attraktivität für Unterdrückte und Benachteiligte, die das System als solches für die persönlich und kollektiv erlittenen Nachteile verantwortlich machen. Gegenwärtig scheint aber der Kommunismus seine Anziehungskraft nur noch, wie der Kommentator einer deutschen Tageszeitung formulierte, *"auf Befreiungsbewegungen in Entwicklungsländern und auf westeuropäische Intellektuelle"* auszuüben.

welthistorisches Ergebnis der Oktoberrevolution: Errichtung eines Staates auf marxistisch-leninistischer Grundlage

Dennoch bleibt festzustellen, daß mit der Oktoberrevolution die Welt in zwei ideologische Blöcke geteilt wurde, die sich gegenseitig als Feindbild aufbauten - Kommunistenverfolgung 1919 in den USA, Einkreisungstheorie in der UdSSR. Dieses Feindbild wird erst in unseren Tagen durch gegenseitige Offenheit im Zuge der Gorbatschowschen Reformen abgebaut. Dieses Feindbild hat aber mit Sicherheit sowohl als äußerer Antrieb zur Konkurrenz als auch als innerer Antrieb aus Furcht vor einem kommunistischen Umsturz einiges an der sozialen Lage der Bevölkerung in den kapitalistischen Staaten verbessert.

Teilung der Welt in zwei ideologische Blöcke

Die einzige originäre Revolution, die sich unmittelbar auf Marx und Lenin bezog, ist die chinesische, die schließlich 1949 zur Gründung der Volksrepublik China führte. Alle übrigen kommunistischen Systeme, zumindest in Osteuropa, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Druck der sowjetischen Waffen errichtet und verdanken ihm während der 50er Jahre ihre Existenz (Intervention in der DDR 1953, in Ungarn und Polen 1956). Die Breschnjew-Doktrin, nach der den sozialistischen Staaten bei der Bestimmung ihrer Gesellschaftsordnung nur eine begrenzte Souveränität zustehe, ist hier der traurige Höhepunkt (Intervention in der Tschechoslowakei 1968). Aber schon die Arbeiterunruhen in Polen mit der Entstehung der Gewerkschaft Solidarität 1980 zeigten, daß die Breschnjew-Doktrin in ihrer militärischen Form zu umgehen war.

Expansion der UdSSR nach 1945  
Breschnjew-Doktrin

Glasnost und Perestojka in der Sowjetunion, die Verwirklichung demokratischer Prinzipien in Ungarn, die Bildung einer nicht-kommunistischen Regierung in Polen und die Auflösungserscheinungen der kommunistischen Parteien, kurz, die revolutionären Ereignisse des Jahres 1989, und schließlich das Zusammengehen von ideologischer Starrheit mit wirtschaftlichen Versorgungsproblemen in den übrigen sozialistischen Ländern, allen voran die Massenflucht aus der DDR, - alle diese Ereignisse müssen berücksichtigt werden, wenn man die Oktoberrevolution und die auf ihr beruhende Umsetzung der kommunistischen Ideologie in politische Wirklichkeit beurteilen will.

Umbruch in Mittel- und Osteuropa

Vom Standpunkt einer Geschichte der Menschheit darf in diesem Zusammenhang als epochales Ereignis die Dezimierung der Bevölkerung in der Sowjetunion in den 20er und 30er Jahren um mehr als 20 Millionen Menschen, sowohl durch Hunger als auch durch politische Verfolgung nicht vergessen werden. Der Anspruch der kommunistischen Ideologen, sei es 1917 in Rußland oder nach 1945 in der DDR, den "neuen Menschen" zu schaffen, ist offenbar nicht erfüllt, das Vorhaben muß als gescheitert betrachtet werden. Nicht der "neue Mensch" mit sozialistischem Bewußtsein entstand, sondern der *"von oben auf der Basis einer konservativen Innerweltlichkeit verwaltete Kleinbürger, gerade die europäische Entwicklungsform, die Lenin glaubte überspringen zu können"* (W. Philipp, 1983). Gerade die Ereignisse des Jahres 1989 haben gezeigt, daß dieser Anspruch vor dem Verlangen nach demokratischer Freiheit nicht bestehen kann. Und noch einmal W. Philipp: *"Die Verwirklichung eines Lebens in Polarität und Pluralität mit all den belastenden Spannungen und Schwierigkeiten, die wir haben, scheint ... unsere eigentliche Aufgabe zu sein, deren dauernd neu versuchte Lösung vielleicht auch einmal in naher oder ferner Zukunft eine bereichernde Möglichkeit für die weitere Geschichte Rußlands darstellen könnte."* Nach einem Denken, das den Prinzipien der Aufklärung folgt, verstieß die Errichtung des Sowjetsystems gegen dieses Gesetz der Dialektik von Individualität und Pluralität, von Freiheit und Notwendigkeit, indem es die geschichtliche Notwendigkeit institutionalisierte und damit von der dialektischen Spannung zum Begriff der Freiheit löste.

Menschenbild und  
Philosophie:  
Aufhebung der  
Dialektik

Gerade diese Institutionalisierung führte geradewegs in die Diktatur, die in Rußland 1917 sich noch auf die Interessen der Massen berufen konnte ("Friede, Land, Brot"), die aber spätestens ab 1929 zu einem Terrorregime wurde, das sich immer mehr vom Volk und seinen Interessen entfernte und durch Gewaltmittel aufrechterhalten werden mußte. Die Interessen der Massen waren in Ost-Mitteleuropa vier Jahrzehnte niederzuhalten, dann brachen sie mit Macht hervor, brachten Polen eine nicht-kommunistische Regierung, Ungarn ein pluralistisches System, zwangen in der DDR die SED zur "Wende", ließen in der Tschechoslowakei den Prominentesten der Regimekritiker Staatspräsident werden und fegten in Rumänien das Terrorregime Ceausescus von der Bildfläche; in all diesen Ländern, Bulgarien eingeschlossen, wurde im Lauf des Jahres 1989 der Herrschaftsanspruch der Kommunisten aus der Verfassung gestrichen. Das Prinzip der Volkssouveränität, das Marx und Lenin meinten, mit den Interessen des "Proletariats" gleichsetzen zu müssen, hat die Identifikation mit den Interessen einer Partei überlebt, weil diese Identifikation dem Machthunger einzelner Personen, mögen sie nun Stalin, Honecker oder Ceausescu heißen, entgegenkommt. Das aber ist nicht ein Fehler in der Marx'schen Lehre, sondern in ihrer "Weiterentwicklung" durch Lenin; das widerlegt auch Marx insofern, als er die Bedeutung der Einzelpersonlichkeit für den geschichtlichen Prozeß herunterspielte.

Volkssouveränität  
und Parteiinteressen